

Dieter Egli, Regierungsrat

Rede zum 1. Mai 2022 in Stein AG

Liebe Kolleg:innen, liebe Genoss:innen, liebe Gäste

An erster Stelle des diesjährigen 1.-Mai-Mottos steht das Wort Frieden. Das ist so wenig überraschend, wie es absolut verständlich ist. Der Ukraine-Krieg mit seinen abscheulichen Bildern, die uns nicht nur verunsichern, sondern absolut hilflos zurücklassen, überdeckt wohl immer noch all unsere anderen Sorgen.

Dieser Angriffskrieg löst bei uns aber nicht nur einen moralischen Aufschrei aus, er ist auch eine Herausforderung für uns als Gesellschaft – er stellt uns vor ganz konkrete Aufgaben.

Ich möchte deshalb allen danken, die sich freiwillig engagieren für die vielen Menschen, die jetzt zu uns kommen und unsere Hilfe nötig haben. Bei der Suche nach Unterkünften und Integrationsmöglichkeiten funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton gut. Wir sind aber auf das grosse ehrenamtliche Engagement von vielen angewiesen.

Wenn ich vorher von moralischem Aufschrei gesprochen habe, dann meine ich das nicht nur vor dem Hintergrund des Krieges. Ich spreche auch von Wert der Freiheit, dem zweiten Begriff im Motto.

Diesen Wert erkennen wir jetzt wieder: Wenn wir sehen, wie die Bevölkerung der Ukraine von einem Tag auf den anderen ihrer existenziellen Grundlagen und ihrer Freiheit beraubt worden ist. Aber auch wenn wir sehen, wie der russische Präsident die eigenen Bürger:innen unterdrückt und die fatalen Irrungen des Zarenreichs und des Sowjetstaates zusammen neu zu zelebrieren scheint.

Wie wichtig die Freiheit für uns alle ist und wie schnell ihr Fehlen uns ganz persönlich betreffen kann, haben uns ja auch die beiden letzten Pandemie-Jahre gezeigt. Diese Zeit mit all den Massnahmen, mit all den Diskussionen darüber, was der Staat darf und was nicht und wie wir das mittragen müssen oder können, hat uns zwei Dinge vor Augen geführt: Einerseits, wie relativ das persönliche Freiheitsempfinden sein kann. Und andererseits vor allem, wie zerbrechlich das Freiheitsversprechen ist, das uns der demokratische Staat macht.

Wir mussten – wieder einmal – erkennen: Freiheit ist nicht einfach ein Zustand. Freiheit müssen wir immer wieder erarbeiten. Das Versprechen müssen wir selbst umsetzen. Für Freiheit müssen wir täglich kämpfen – natürlich nicht kriegerisch, sondern im demokratischen Dialog. Freiheit müssen wir zusammen definieren – und dann zusammen leben.

In der Pandemie hat sich aber noch etwas anderes – wieder – gezeigt: Freiheit ist auch eine Frage der Verteilung.

Das ist aus meiner Sicht das brutalste Fazit, das wir nach der Pandemie ziehen müssen: Diese Krise hat die sozialen Ungleichheiten einerseits zementiert und andererseits noch massiv verschärft.

Wir müssen heute konstatieren, dass all die immer als systemrelevant eingestufteten Branchen bezüglich Arbeitsbedingungen keinen Millimeter weitergekommen sind – weder bei den teilweise katastrophalen Arbeitszeiten noch bei den Löhnen. Zusätzlich fehlen jetzt nach der Krise den entscheidenden Branchen die dringend benötigten Arbeitskräfte, was die Belastung für die Verbleibenden noch verstärkt.

Der Applaus in der Gesellschaft ist verstummt, und viele politischen Bekenntnisse für Besserung haben sich in Luft aufgelöst. Den Angestellten bleibt das Akzeptieren, dass sich nichts ändert, oder die Flucht in eine andere Branche – die dann aber in vielen Fällen einfach eine andere Tieflohnbranche ist.

Wer schon vorher gute Arbeitsbedingungen hatte, konnte diese meist halten in der Pandemie. Wer schlechte Bedingungen hatte oder gar in prekären Verhältnissen arbeitete und lebte, ist heute meist noch schlechter gestellt – und spürt die Auswirkungen der Pandemie noch länger als andere.

Die grosse Frage, die bei diesem ernüchternden Fazit bleibt und die wir uns als Arbeiter:innen-Bewegung stellen müssen, ist doch:

Warum konnten wir dieses Momentum nicht nutzen? Dieses kurze Zeitfenster, in dem viele begriffen haben, welche Berufe wirklich wichtig sind und dass deren unendlich tiefe Bezahlung und Wertschätzung eigentlich unhaltbar ist – warum konnten wir es nicht nutzen, um auf die soziale Frage, auf die ungleiche Verteilung des Reichtums, der Möglichkeiten aufmerksam zu machen? Warum wurde die Chance auf wirkliche politische Veränderungen, abgesehen von den kleinen Korrekturen, scheinbar fahrlässig vertan?

Einerseits hat das wohl mit dem dritten Begriff im diesjährigen Motto zu tun, dem schwierigsten – der Solidarität. Die Krise hat uns überrollt, "auf dem falschen Fuss erwischt". Und in dieser Situation war jede und jeder sich selbst die oder der Nächste.

Andererseits müssen wir uns schon selbstkritisch fragen, ob wir überhaupt noch an die Menschen herankommen, für die wir politisch kämpfen – ob wir überhaupt noch im Kontakt sind mit ihnen.

Das hat auch damit zu tun, dass viele Arbeitnehmende die Beschränkungen, denen sie eben aufgrund ihrer Stellung als Arbeitnehmende ausgesetzt sind, gar nicht mehr als solche wahrnehmen: Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Wir leben in einer schönen neuen Welt, in der die Berufe anders aussehen als früher. So liegt es nahe, sich von Äusserlichkeiten verlocken zu lassen – von scheinbaren Freiheiten und Flexibilitäten, von Optionen und Visionen, die bei genauerer Betrachtung gar keine sind – oder nur solche von Arbeitgebenden.

Man kann es als Freiheitsgewinn sehen, flexible Arbeitsverträge zu haben, nur noch in Praktika zu arbeiten, nur noch befristet zu arbeiten oder nur noch auf Abruf – anders gesagt auf gut Glück, als Tagelöhnerin oder Tagelöhner. Man kann sich in diese Illusion flüchten – oder man muss es, wenn man keine Alternative hat.

Es geht sogar so weit, dass viele Arbeitnehmende wohl mit dem Begriff "arbeitnehmend" gar nichts mehr anfangen können – weil sie sich eben gar nicht mehr als Arbeitnehmende sehen – weil ihnen eingeredet wird, dass sie eigentlich Unternehmerinnen und Unternehmer seien. Wer kennt ihn nicht, den zynischen Begriff der Ich-AG aus den 90er-Jahren, der sich bis heute beunruhigend gut gehalten hat?

Dass dies ein Trugschluss ist, muss ich euch, die ihr heute hier seid und bewusst den 1. Mai feiert, nicht sagen. Es ist offensichtlich, dafür muss man nicht links sein oder ideologisch gesteuert: Die Bilder und das Selbstverständnis haben sich geändert, die Systematik bleibt aber gleich: Es gibt ein – materielles – Machtgefälle zwischen jenen, die anstellen und Lohn bezahlen und jenen, die arbeiten und Lohn dafür erhalten.

Ich lehne dieses Faktum, diese Systematik nicht ab. Wenn ich es tun würde, wäre ich wohl nicht Teil einer Regierung. Es ist mir aber klar, und es muss klar sein:

Wer angestellt ist und Lohn für Arbeit erhält, muss die Bedingungen mit den Arbeitgebenden aushandeln – darf sich nicht auf Hoffnungen und einzig auf Versprechungen verlassen. Dies gilt für alle Berufe, auch wenn sie nicht mehr klassenkämpferisch aussehen, unglaublich hip und modern und individuell und kreativ sind.

Und: Alleine gelingt es nicht. Dafür braucht es die Solidarität unter den Arbeitnehmenden – die Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch füreinander. Aber natürlich braucht es auch die Bereitschaft der Wirtschafts- und Branchenverbände zu regelmässigem Austausch mit den Gewerkschaften. Es braucht die Gesamtarbeitsverträge, sie haben sich bewährt. Nur so funktioniert eine wirkliche Sozialpartnerschaft, in der man sich auf Augenhöhe begegnet.

Das ist und bleibt unsere Aufgabe. Wir müssen immer wieder aufzeigen und erklären: Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsgerechtigkeit bedeutet eben auch Freiheit: Es ist nicht Freiheit, als Scheinselbständige:r zu arbeiten, ohne Arbeitsgarantie, ohne soziale Absicherung bei Krankheit und im Alter. Freiheit heisst im Gegenteil, einen menschenwürdigen Lohn zu erhalten und auch materiell abgesichert zu sein, eine Perspektive zu haben, die über heute und morgen hinausgeht – übrigens eine Perspektive, die nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine ökologische sein muss: Auch der Klimaschutz ist existenziell.

Und wir müssen auch immer klarmachen, dass Freiheit nur mit Solidarität funktioniert. Freiheit macht nur dann Sinn, wenn es Freiheit für alle ist. Es gibt keine Freiheit, die man nur für sich selbst erkämpfen oder kaufen kann. Das ist nicht Freiheit, das ist Faustrecht, das ist das Recht der Stärkeren!

Ich weiss, das ist alles eigentlich nicht neu. Und die Aussicht auf diese Aufgabe, die uns bleibt, ist auch nicht besonders angenehm.

Aber immerhin kann ich optimistisch feststellen: Das Zeitfenster ist noch offen. Gerade jetzt, wo die Diskussion um Freiheit allgegenwärtig ist, können wir auf materielle Sicherheit und Gerechtigkeit als Voraussetzung für Freiheit hinweisen – und sie vor allem einfordern. Nutzen wir die Chance!

Ich wünsche uns einen schönen 1. Mai.